

ausführliche Behandlung der einschlägigen Fragen in diesem Forum ohne Zweifel jenen Impuls und Ansporn gegeben, der für die Lösung dieser komplexen Probleme vonnöten ist. Die Diskussionen hinsichtlich der gegenwärtigen Lage und Erfordernisse der Entwicklungsländer sind nun nicht mehr auf einen kleinen Kreis von Regierungsbeamten oder Personen mit spezieller Verantwortung auf diesem Sektor beschränkt, sondern finden heute auch auf akademischem Boden sowie in Kreisen der Wirtschaft und des Handels statt. Als der österreichische Bundeskanzler, Dr. Joseph Klaus, am 20. April 1966 dem Parlament das Programm seiner Regierung vorlegte, erwähnte er auch im besonderen die Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung und wiederholte die bereits verschiedentlich im Rahmen internationaler Organisationen zum Ausdruck gebrachte österreichische Bereitschaft, prozentual zu seiner wirtschaftlichen Leistungskraft zur Lösung der wichtigsten einschlägigen Fragen beizutragen.

In der jüngsten Vergangenheit wurde in Österreich eine Reihe weitreichender Maßnahmen im Interesse einer Handelserleichterung und einer Erhöhung der finanziellen Hilfe für die Entwicklungsländer unternommen. Angesichts der ungeheuren Aufgaben der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung eines großen Teiles der Länder der Erde mögen zwar alle Maßnahmen individueller oder kollektiver Natur unzureichend oder unbedeutend erscheinen. Aber haben wir nicht im Laufe von nur zwei oder drei Jahren das Stadium bloßer Ideen und vager Konzeptionen verlassen und sind zur Formulierung praktischer Aktionsmaßnahmen vorgedrungen? Haben wir nicht im Rahmen der UNCTAD eine feste institutionelle Verankerung für unsere Bestrebungen vorgenommen und ein Sekretariat geschaffen, welches in der Lage ist, die vielen schwierigen Probleme auf dem Gebiet des Handels und der wirtschaftlichen Entwicklung mit Erfolg zu behandeln?

Herr Präsident, wir sind gegenwärtig bloß am Beginn des letzten, aber bedeutendsten Abschnittes des sogenannten »synchronisierten Vorgehens« der Industriestaaten und der Entwicklungsländer, welches zur Erreichung positiver Resultate unumgänglich nötig ist. Die für nächstes Jahr angesetzte zweite Welthandelskonferenz, die sich auf wenige, aber besonders wichtige Fragen konzentrieren soll, wird das Tempo und die Richtlinien für unsere künftigen Arbeiten festlegen. Österreich sieht dieser Konferenz mit Optimismus entgegen und verspricht seine volle Mitarbeit.

Die Tätigkeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der industriellen Entwicklung wird seitens meiner Regierung ebenfalls mit größtem Interesse verfolgt. Wir sind uns der Tatsache völlig bewußt, daß die Industrialisierung einen der wichtigsten Faktoren in jedem wirtschaftlichen Entwicklungsprogramm darstellt. Meine Regierung unterstützt daher die Resolution 2089 (XX), mit welcher die Organisation für Industrielle Entwicklung der Vereinten Nationen ins Leben gerufen wurde, und ist entschlossen, diesem neuen Tätigkeitsbereich der Vereinten Nationen seine volle Unterstützung angeeignet zu lassen.

Die Erfahrung innerhalb der Vereinten Nationen zeigt mit aller Deutlichkeit, daß neutrale Staaten für die Entwicklungsländer willkommene Partner darstellen, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Zurverfügungstellung von Experten oder Technischer Hilfe, sondern auch bezüglich der ihnen als Zentrum für internationale Konferenzen und Seminare zukommenden Funktion.

Unter Berücksichtigung dieser Erfahrung und dem aufrichtigen Wunsch meines Landes, einen weiteren Beitrag zu der großen Aufgabe der wirtschaftlichen Entwicklung zu leisten, hat die österreichische Regierung beschlossen, Wien als möglichen Sitz für die UN-Organisation für Industrielle Entwicklung vorzuschlagen, falls sich eine Mehrheit der Mitgliedstaaten für eine Errichtung des permanenten Sekretariates dieser Organisation außerhalb des Stammsitzes der Vereinten Nationen aussprechen sollte.

Herr Präsident, in meiner Rede vor der Generalversammlung habe ich darzulegen versucht, daß die Lösung der vielen offenen Probleme auf dem Sektor des Weltfriedens und der wirtschaftlichen und sozialen Gerechtigkeit nicht nur von politischen oder rechtlichen Beschlüssen abhängt, sondern die hohe ethische Verantwortung aller Regierungen und anderer moralischer Autoritäten berührt. Ich halte es daher für angebracht, den Mitgliedern dieser Versammlung den Besuch seiner Heiligkeit des Papstes Pauls VI. bei der XX. Generalversammlung in Erinnerung zu rufen, durch den dieser sein unbeschränktes Vertrauen und seinen Glauben in die Vereinten Nationen zum Ausdruck brachte, einer Organisation, die zwar nicht die beste aller erdenklichen Institutionen darstellt, die sich aber in der Vergangenheit als ein unersetzliches Instrument im Dienste des internationalen Friedens und der Erzielung wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts erwiesen hat.

Zwei politische Testamente — Hammarskjöld und U Thant

PROFESSOR DR. ELLINOR VON PUTTKAMER
Vortragende Legationsrätin I. Klasse

Einmal jährlich geben die Vereinten Nationen ihrem höchsten Beamten das Recht, sich über die Lage der Organisation zusammenfassend zu äußern. Es ist der Jahresbericht, den der Generalsekretär gemäß Art. 98 der Charta der Vollversammlung vorzulegen hat, der diese Gelegenheit bietet. Die Einleitung zum Jahresbericht, die dem vom Sekretariat zusammengestellten, stets mehrere Wochen vor der Eröffnung der Vollversammlung veröffentlichten Rechenschaftsbericht über die Details gewohnheitsmäßig erst unmittelbar vor dem Zusammentritt der Versammlung folgt, wird immer mit Spannung erwartet. Denn sie bildet nicht nur den »Allgemeinen Teil« des Berichts, sondern ist zugleich die persönliche, politisch zu wertende Aussage des Generalsekretärs.

Zum zweiten Male hat jetzt die Einleitung zum Jahresbericht des Generalsekretärs an die UN-Vollversammlung den Charakter eines »Politischen Testaments« erhalten. Es läßt sich darüber philosophieren, ob Dag Hammarskjöld seinen Bericht an die XVI. Vollversammlung 1961 bereits in der Ahnung des Todes geschrieben hat, der ihn wenige Wochen später ereilte; die Vielschichtigkeit seiner Persönlichkeit läßt diesen Gedanken aufkommen. Aber das ist eine irrationale Perspektive, die man nicht weiterverfolgen sollte. Festzustellen ist lediglich die nüchterne Tatsache, daß in diesem, mit dem 17. August 1961 datierten Bericht ein Gesamtbild von den Grundsätzen und Zielen der Vereinten Nationen einerseits, der inadäquaten politischen Wirklichkeit andererseits gezeichnet wurde, das — wie ein Testament — nicht nur ein Fazit zieht, sondern auch Wünsche und Hoffnungen für den Fortbestand und die Weiterentwicklung des begonnenen Werks zum Ausdruck bringt.

Ganz anderer Art sind die Gegebenheiten für ein »Testament« U Thants. Denn als er es Mitte September des Jahres bekanntgab, geschah dies nahezu gleichzeitig mit der Erklärung, daß er zu einer weiteren Übernahme seines Amtes, für das das Mandat am 3. November endet, aber bis zum Ende der gegenwärtig tagenden 21. Vollversammlung verlängert wurde, nicht mehr bereit sei (siehe Anlage). In diesem Fall ist es also eindeutig, daß der Generalsekretär die Gelegenheit ergriff, um seinen »letzten Willen« auszusprechen. Dieses Faktum bliebe selbst dann bestehen, wenn U Thant entgegen der wiederholten Bestätigung, daß sein Rücktritt unwiderruflich sei, schließlich doch noch den Bitten der Mitgliedstaaten entsprechen und sich erneut für das Amt des Generalsekretärs zur Verfügung stellen sollte.

Ein Vergleich der beiden »Testamente« läßt nicht nur die Verschiedenheit der Persönlichkeiten und ihrer Provenienz deutlich werden; er rückt auch den Wandel, den die Vereinten Nationen in den letzten fünf Jahren durchgemacht haben, in helle Beleuchtung.

Die Sprache des letzten Berichts Hammarskjölds ist die eines zu äußerster Aktivität entschlossenen Mannes, der das ihm anvertraute Instrument, sei es auch gegen den Widerstand der Gruppe von Mitgliedstaaten, die in der Organisation nur »eine statische Konferenzmaschinerie« erblicken, für die Verwirklichung der Grundsätze und Ziele der Charta »dynamisch« machen will. Hammarskjöld überläßt es den Mitgliedstaaten zu entscheiden, welche Richtung sie einschlagen wollen, nimmt aber selbst — trotz der ihm eigenen pythienhaften Ausdrucksweise — unverkennbar Partei für eine Ausgestaltung der Ver-

einten Nationen und für das Konzept einer aus dem Amt fließenden, auch politischen Exekutivbefugnis des Generalsekretärs. Während der Suezkrise, am 31. Oktober 1956, hatte er vor dem Sicherheitsrat eine Erklärung über seine Auffassung vom Amt des Generalsekretärs abgegeben: nicht nur ein Administrativorgan der Mitgliedstaaten sei der Generalsekretär, sondern er stehe auch selbst unter der Charta und sei verpflichtet, ihre Einhaltung zu überwachen. Um die Befriedung des Kongos selbst in die Hand nehmen zu können, brauchte er 1961 die Bestätigung dieser Auffassung durch die Mitgliedstaaten. Es ist nur folgerichtig, daß der Gesamttenor des Hammarskjöldschen ›Testaments‹, obwohl dieser Jahresbericht von 1961 wesentlich weniger optimistisch ist als der von 1960 und trotz aller hier zum Ausdruck gebrachten ernststen Warnungen, ein bejahender ist und die Mitgliedstaaten zu einer positiveren Einstellung hinsichtlich der Entwicklung und des unerschrockenen Einsatzes des Instruments ermutigen soll. Hieran gemessen ist die Sprache U Thants in seinem ›Testament‹ ausgesprochen müde. In der nüchternen Bestandsaufnahme erscheinen fast auf jeder Seite die Worte »Bedauern« und »Enttäuschung«. Nur im Schlußsatz klingt ein etwas hoffnungsvollerer Ton an, wenn es dort heißt:

»Zur Zeit, glaube ich, beginnen sich Anzeichen zu zeigen, daß die ideologischen Gegensätze, die die Welt geteilt haben, an Schärfe verlieren. Ich nähere mich daher dem Ende meiner Amtstätigkeit mit einigem Vertrauen, daß sich die Vereinten Nationen im Laufe der Jahre als ein Mittel erweisen werden, durch das die Menschheit nicht nur überleben, sondern auch eine große menschliche Synthese erreichen kann.«

Diese ziemlich resignierte positivere Feststellung vermag den trüben Eindruck des gesamten Berichts nicht auszulöschen.

Die unterschiedliche Wirkung der beiden ›Testamente‹ beruht nicht allein auf einer Verschlechterung der weltpolitischen Lage seit 1961. Hierüber ließe sich sogar durchaus streiten. Denn die Verschärfung mancher politischer Konflikte, insbesondere die Zuspitzung der Lage im Fernen Osten und die Steigerung der atomaren Gefahr, ist durch eine gewisse Aufweichung der starren Front zwischen Ost und West, ihrerseits eine Folge des ›Gleichgewichts des Schreckens‹, zu einem gewissen Grade kompensiert. Vielmehr haben U Thant offenbar die innere Lage der Organisation selbst, Enttäuschung durch die mangelnde Bereitschaft der Mitgliedstaaten und die dadurch verursachte Lähmung des Sekretariats zu seinen düsteren Feststellungen bestimmt.

Während sich Hammarskjöld um eine juristische Interpretation der Charta bemühte und aus ihren Bestimmungen das herauszulesen versuchte, was zur Aktivierung der Organisation und insbesondere der Erweiterung der Befugnisse des Generalsekretärs bis zur Legitimierung einer weit über die administrative Position hinausgehende, politische Stellung als quasi-Diplomat und quasi-Oberbefehlshaber beitragen könnte, hat U Thant auf derartige Methoden verzichtet. Die zu Beginn seiner Amtszeit starken Tendenzen, den Generalsekretär durch eine ›Troika‹ zu ersetzen, die rechtlich nie beigelegte Finanzkrise der Organisation, die Fehlschläge der Abrüstungsverhandlungen und die in immer stärkerem Maße evident gewordene Abneigung, weltpolitische Konflikte durch die Vereinten Nationen zu beeinflussen, veranlaßten U Thant, die konstruktiven Ausführungen seines ›Testaments‹ fast ausschließlich auf die wirtschaftlich-technische, soziale und humanitäre Tätigkeit der Organisation zu beschränken. Nur hinsichtlich der friedenserhaltenden Operationen spricht er einmal von der »Notwendigkeit, die Vereinten Nationen eher zu stärken als zu schwächen«, eine Organisation, die durch U Thants Forderung nach vollständiger Universalität der Mitgliedschaft einen betont neutralen Charakter haben würde. Gewiß gibt es genügend Gründe für die Verschiedenheit, in der sich die beiden Generalsekretäre, und zwar beide im Be-

wußtsein der hohen Verpflichtung dieses Amtes, über die Möglichkeiten der Vereinten Nationen geäußert haben. Der Kernpunkt dieser Unterschiede aber liegt in der Fragestellung, dem ›approach‹, des zu Aktivität neigenden Europäers einerseits und des zur Hinnahme vermeintlich unabänderlicher Gegebenheiten eher bereiten Asiaten andererseits.

Wir stehen zur Zeit vor der Frage, wer der künftige Generalsekretär sein wird, welcher Kontinent ihn stellen wird. Trygve Lie, der erste Generalsekretär der Vereinten Nationen, scheidete 1953 an der Schwierigkeit, als ausführendes Organ im Zeitalter des Kalten Krieges West und Ost gleichmäßig gerecht zu werden. Hammarskjöld fand 1961 den Tod im Dienst einer selbst gesetzten, nur durch extensive Auslegung der Charta noch legitimierte, im hohen Grade politischen Aufgabe; die Frage, ob er sie hätte meistern können, wird nie beantwortet werden. U Thant wurden von vorn herein stärkere Fesseln angelegt; er resignierte schließlich. Ein neuer Generalsekretär wird vermutlich neue Wege einschlagen. Die ›Testamente‹ seiner Vorgänger werden ihm jedoch in sehr verschiedener Hinsicht den Weg weisen können.

Erklärung des Generalsekretärs vom 1. 9. 1966 (UN-Doc. S/74 81)

Wie die Mitgliedstaaten wissen, endet meine Amtszeit als Generalsekretär der Vereinten Nationen am 3. November 1966. Während der letzten Monate habe ich einen Meinungsaustausch mit vielen von ihnen gehabt, in einigen Fällen mit den Staatsoberhäuptern und Regierungschefs. Ich glaube, daß es nun für mich angebracht und für die Regierungen der Mitgliedstaaten dienlich ist, meine Entscheidung bekanntzumachen.

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß ich zunächst für den Rest der Amtszeit Dag Hammarskjölds vom 3. November 1961 bis 10. April 1963 zum Amtierenden Generalsekretär der Vereinten Nationen bestellt wurde. Im November 1962, als die Frage der Verlängerung meiner Amtszeit erörtert wurde, haben mich zahlreiche Mitglieder des Sicherheitsrates in seiner damaligen Zusammensetzung ersucht, eine weitere Amtszeit von fünf Jahren, beginnend mit dem Ende meiner ersten Amtszeit und endigend am 10. April 1968, zu übernehmen. Ich habe erklärt, daß ich eine Amtszeit von fünf Jahren, beginnend am 3. November 1961, dem Datum meiner Bestellung als Amtierender Generalsekretär, bis zum 3. November 1966, vorziehen würde. Zu dieser Einstellung führten mich zwei Überlegungen. Die eine war, die an sich bereits bestehende Regelung zu bekräftigen, nach der die normale Amtszeit des Generalsekretärs fünf Jahre beträgt. Die andere war mein Widerstreben, mich für länger als fünf Jahre an die Übernahme des Amtes des Generalsekretärs zu binden.

Ich möchte nun die Gelegenheit benutzen, kurz einige Probleme zu erwähnen, mit denen sich die Organisation, seit ich erstmals für mein jetziges Amt ernannt wurde, gegenübergestellt sah. Obwohl ich diese Bemerkung jetzt mache, möchte ich dennoch keine Verbindung zwischen ihnen und den verschiedenartigen Überlegungen persönlicher, dienstlicher oder politischer Art herstellen, die, wie ich das bei mehr als einer Gelegenheit erläutert habe, zu meiner eigenen Entscheidung geführt haben.

Die Mitgliedstaaten der Organisation erinnern sich vielleicht, daß ich am 30. November 1962, als ich die Verlängerung meiner Amtszeit bis zum 3. November 1966 annahm, auf eine Erklärung, die ich bereits früher gemacht hatte, verwies, wonach meine Entscheidung, das Amt des Generalsekretärs für eine weitere Zeit zu übernehmen, insbesondere durch einige Erwägungen bestimmt wurde, darunter die Aussicht auf eine baldige Regelung des Kongo-Problems, die Aussicht auf die Stabilität der Weltorganisation als einer starken Friedenskraft und die Aussicht darauf, daß ich selbst eine bescheidene Rolle bei der Schaffung eines der Entspannung günstigen Klimas übernehmen könnte.

Wenn ich auf die Arbeit der Vereinten Nationen während der letzten achtundfünfzig Monate zurückblicke, fühle ich mich berechtigt zu sagen, daß auf einigen dieser Gebiete einiger Fortschritt erreicht worden ist.

Insbesondere besteht, wenngleich die finanzielle Lage der Organisation noch nicht gesichert ist, in dieser Hinsicht doch nicht mehr das frühere Gefühl der Krise und der Besorgnis. Ich bin zuversichtlich, daß in Übereinstimmung mit den früher getroffenen Beschlüssen des Sonderausschusses für friedenserhaltende Aktionen und der Vollversammlung, sowie im Hinblick auf den jüngsten Bericht des Sonderausschusses der Sachverständigen für die Prüfung der Finanzen der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen wesentliche freiwillige Beiträge geleistet werden, welche die vollständige Zahlungsfähigkeit der Organisation sicherstellen, so daß sie mit Vertrauen den großen Aufgaben entgegensehen kann, die sie erwarten.

Jedoch stellt sich die Frage der Leistungsfähigkeit der Organisation nicht allein auf finanziellem Gebiet. Ein Fehlen neuer Ideen und neuer Initiativen und ein Erlahmen des Willens, Mittel zur Stärkung und Ausweitung einer echten internationalen Zusammenarbeit zu finden, würden noch viel ernsthaftere Folgen haben. So wurde die Hoffnung hinsichtlich einer der wichtigsten Tätigkeiten der Organisation, jener zur Aufrechterhaltung des Friedens, die aus der Zweckmäßigkeit und aus den Erfolgen der umfangreichen Operationen der letzten Jahre erwachsen waren, nicht erfüllt, weil sich immer noch keine Einigung über die grundlegenden Prinzipien hatte erreichen lassen. Nach meiner Meinung ist es wesentlich, daß die Vereinten Nationen in Übereinstimmung mit der Charta in den Stand gesetzt werden, auf diesem Gebiet wirkungsvoll zu handeln.

Der Aufbau des Friedens selbst ist eine nicht weniger wichtige Aufgabe. In diesem Zusammenhang kann man das Entwicklungsjahrzehnt der Vereinten Nationen erwähnen, das anfangs große Hoffnungen erweckte, dann seine bescheidenen Ziele nicht erreichte, aber dennoch die Anstrengungen der Vereinten Nationen verstärkte, sich wirksamere Mittel zu verschaffen, um Grundfragen der Entwicklung zu lösen: das Programm der Vereinten Nationen für die Entwicklung, entstanden aus der Zusammenlegung früherer Programme, ferner die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung und die Organisation für Industrielle Entwicklung.

Bezüglich der inneren Situation der Organisation kann ich sagen, daß ich mich während all dieser Monate bemüht habe, das Sekretariat sowohl in seinem Wesen wie in seinem Aussehen wahrhaft internationaler und zu einem kraft- und wirkungsvollen Instrument im Dienste der Regierungen der Mitgliedstaaten zu machen. Ich bin der Ansicht, daß sich das Sekretariat im Rahmen seiner Möglichkeiten seiner Aufgaben gut entledigt hat und daß es mit weiteren Verbesserungen seiner Organisation fähig sein wird, sie noch besser zu erledigen. Ich benutze diese Gelegenheit, meine tiefe Anerkennung für die Zusammenarbeit, die meine Kollegen im Sekretariat mir gewährt haben, zum Ausdruck zu bringen.

Ich bin meinen Freunden und Kollegen aus den Delegationen für ihre Zusammenarbeit und ihr immer währendes Entgegenkommen zutiefst verpflichtet. Im Laufe dieser 58 Monate gemachte Fortschritte sind weitgehend ihrem freundlichen Rat und Beistand zu verdanken.

Die Mitglieder der Organisation sind sich zweifellos der ständigen Sorge bewußt, die ich um den Frieden habe. Während der 58 Monate, die ich im Amt bin, sind die Hoffnungen und Erwartungen oftmals gestiegen und gesunken. Die Weltlage scheint mir außerordentlich ernst zu sein. Die Situation der Verhältnisse in Südostasien ist bereits jetzt Grund für eine schwere Beunruhigung und wird sicher zu einer Quelle noch größerer Besorgnis, nicht allein für die unmittelbar beteiligten Parteien und für die Großmächte, sondern auch die anderen Mitglieder der Organisation. Das ist für mich selbst der Grund äußerster Sorge. Die Grausamkeit dieses Krieges und die Leiden, die er dem vietnamesischen Volk schon jetzt verursacht hat, sind ein ständiger Vorwurf für das Gewissen der Menschheit. Heute wie schon seit vielen Monaten scheint es mir, daß der Druck der Ereignisse unerbittlich zu einem Großbrand führt, während die Anstrengungen, die Lage zu entspannen, verheerend dahinter zurückbleiben. Meiner Meinung nach erleben wir eine Wiederholung des tragischen Irrtums, bei

der Suche nach dem Frieden auf Gewalt und militärische Mittel zu setzen. Ich bin überzeugt, daß der Frieden in Südostasien nur errungen werden kann, wenn die 1954 in Genf vereinbarten und damit die in der Charta der Vereinten Nationen ausgesprochenen Grundsätze beachtet werden.

Auch anderswo in der Welt gibt es Anzeichen wachsender Spannung. Wenn man auch bezüglich der Lage in Europa eine gewisse Besserung feststellen kann, so haben sich die Verhältnisse in manchen anderen Gegenden der Welt dagegen verschlechtert. Die wachsende Unausgeglichenheit in der Weltwirtschaft, auf die ich immer wieder hingewiesen habe, zuletzt noch in meinen Ausführungen vor dem Wirtschafts- und Sozialrat, muß die derzeitigen deutlich sichtbaren Gefahren vergrößern.

Ich muß auch gestehen, daß ich ein Gefühl der Unzufriedenheit darüber empfinde, daß die Organisation immer noch nicht die volle Universalität erreicht hat. Ich glaube, ich stehe mit dieser Meinung nicht allein. Zahlreiche Probleme, mit denen die Welt sich heute befaßt sieht, seien es regionale oder weltweite, sind deshalb schwerer lösbar, wie es z. B. der Mangel an Fortschritten auf einem so wichtigen Gebiet wie dem der Abrüstung beweist.

So stellt man fest, daß in erster Linie aufgrund der internationalen Lage und von Umständen, die außerhalb des Machtbereichs der Organisation liegen, die Regierungen der Mitgliedstaaten keine entscheidenden Fortschritte in den gemeinsamen Anstrengungen zu verzeichnen haben, die unerlässlich sind, wenn die Organisation der Sache des Friedens wirksam dienen und bedeutsam zur wirtschaftlichen Entwicklung der ärmeren Weltgegenden beitragen soll.

Nun zur Frage meiner eigenen Absichten für die Zukunft. Ich bin zutiefst bewegt, ja überwältigt, durch die zahlreichen lebenswürdigen Anerkennungen meiner Arbeit, die sowohl von Staats- und Regierungschefs als auch formlos und persönlich von seiten meiner Freunde und Kollegen gekommen sind. Wenn ich es dennoch nicht vermocht habe, ihrem drängenden Wunsche zu entsprechen und mich zur Übernahme einer weiteren Amtszeit bereitzufinden, so nicht aus Mangel an Verständnis und Dank für ihre Empfindungen. Ich bin der Ansicht, wie ich das in der Vergangenheit mehr als einmal gesagt habe, daß der Generalsekretär der Vereinten Nationen normalerweise nicht mehr als eine Amtszeit ableisten sollte. Ich habe auch gesagt, daß nach meiner Auffassung keiner, welche Aufgabe er auch immer ausüben mag, unersetzlich ist. Unter diesen Umständen, so hoffe ich, wird mein Entschluß von allen meinen Freunden und Kollegen verstanden werden: ich habe beschlossen, mich nicht für eine zweite Amtszeit als Generalsekretär anzubieten, es dem Sicherheitsrat vielmehr voll zu überlassen, der Vollversammlung einen neuen Generalsekretär zu empfehlen.

Ich bin sicher, die Tatsache, mich nicht für eine zweite Amtszeit als Generalsekretär anzubieten, wird von jenen, die mich kennen, nicht mißdeutet werden. Ich habe einen unwandelbaren und unerschütterlichen Glauben an die Vereinten Nationen und an ihren letztendlichen Erfolg. Trotz der Schwierigkeiten, denen sich die Organisation gegenüber sieht, glaube und hoffe ich, daß die Welt in ihren Anstrengungen fortfahren wird, die Vereinten Nationen zu einem unentbehrlichen Instrument des Aufbaus einer friedlichen und gerechten Weltordnung zu machen. Für diese Aufgabe verpflichte ich mich zur persönlichen Unterstützung und zur aufrichtigen Hingabe.



Ein feierlicher Umzug in London. Die Fahnen aller Mitgliedstaaten der UNO wurden am 24. Oktober 1966 zur Erinnerung an die Inkrafttretung der Charta vor 21 Jahren von der Central Hall zur Westminster Abbey getragen. Unter anderen nahmen teil: Ministerpräsident Harold Wilson, der Herzog von Edinburgh und Prinz Bernhard der Niederlande. - Umzug, vor allem aber die Beteiligung, sind in Deutschland unvorstellbar.